

**Abonnements**  
Werden bei allen schweizerischen  
Postämtern, sowie beim Verlag  
entgegengenommen, und zwar zum  
voraus zahlbaren  
Wertschuldenschein von:  
Nr. 2. — für die Schweiz (Reichsbank)  
Nr. 3. — für Deutschland (Geldwert)  
Nr. 1.70 für Österreich (Geldwert)  
Nr. 2.50 für alle übrigen Länder des  
Weltpostvereins (Reichsbank).  
**Zusätze**  
die dreizehnpennige Postgebühr  
25 Cts. — 20 Pf.

# Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

**Erscheint**  
wöchentlich einmal  
in  
Zürich (Schweiz).  
**Verlag**  
der  
Verlagsbuchhandlung  
Hollmann & Zährli.  
**Vorstellungen**  
franco gegen Porto.  
Gründliche Briefe  
nach der Schweiz lassen  
Doppelporto.

Nr. 46.

Wende an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schide man und die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Redaktionen. In zweifelhaften Fällen einzuführen.

11. November 1887.

## Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

### Gesetzlicher Weg — Revolution.

(Schluß.)

Vor jetzt ungefähr 30 Jahren war in den Vereinigten Staaten das Eigentum in lebendigen Arbeitsinstrumenten, d. h. in Sklaven, noch genau so „heilig“, wie heute das Eigentum in toten Arbeitsinstrumenten.

Die Negerklaverei war einer der Pfeiler der Staats- und Gesellschaftsordnung — gerade wie jetzt noch die Lohnklaverei. Die Kirche verfluchte die Gottlosen, welche die „göttliche Institution der Sklaverei“ antasteten. Die Richter verurteilten die schändlichen „Umstürzler“ von Abolitionisten, welche „die Grundlagen des Staats, der Gesellschaft und der sittlichen Weltordnung über den Haufen werfen“ wollten. Die bezahlten Gesetzmacher der Sklavenbarone gebrauchten fleißig die Künste der Gesetzgebung, um Gesetze zu ihrem Schutz und Nutzen zu machen. Und die Presse im Dienste der Sklavenbarone überhäufte die Gegner der Negerklaverei mit den ärgsten Beschimpfungen und schwersten Anklagen: sie zerstörten die Religion, sie legten die frevelnde Hand an die Familie, an die Ehe, an das Eigentum — sie waren Hochverräther, Revolutionäre, Attentäter, schlimmer als gemeine Verbrecher. Kurz, Wort für Wort wurden damals gegen die Feinde der Negerklaverei dieselben Beschimpfungen und Anklagen geschleudert wie heute von den Agenten des Kapitalismus gegen die Feinde der Lohnklaverei.

Und dieselben Verfolgungen. Alles umsonst! Die Verfolgungen und Beschimpfungen stärkten nur die Bewegung. Anfangs ein winziges Häuflein von „Idealisten“, gewannen die Feinde der Negerklaverei mehr und mehr Anhang — die Verhältnisse arbeiteten für sie; die Uebel der Negerklaverei machten sich mehr und mehr fühlbar, und die Beschimpfungen und Verfolgungen fingen an, die öffentliche Meinung zu beherrschen. Die Verfolgungen wuchsen; die Beschimpfungen wurden immer giftiger und gemeiner.

Umsonst.  
Die Bewegung schwoll mehr und mehr an.  
Umsonst Ausnahme-gesetz.  
Umsonst Kriegszustand.  
Umsonst der Galgen für den alten John Brown und seine todtgeweihten Mitstreiter.

Das Maß war voll.  
Die Massen kamen in Fluß, die Nation erhob sich.  
Nieder mit den Sklavenbaronen!  
Nieder mit der Sklaverei!  
So erscholl es aus Millionen Röhren.  
Trotz Beschimpfungen, trotz Verfolgungen, trotz Ausnahme-gesetz, trotz Kriegszustand und Galgen wurde die Minorität Majorität.

Und das Volk war großmüthig, wie immer.  
Es bot den Sklavenbaronen Entschädigung.  
Die Umstürzler, die Staats- und Gesellschaftsfeinde, die Zerstörer der Familie, der Ehe und des Eigentums, die Hochverräther, Revolutionäre, Theiler, Attentäter wollten die gesetzliche Expropriation der Sklaverei, die staatliche Expropriation der Eigentümer.

Sie waren für den friedlichen Weg.  
Und die Machthaber, welche sahen, daß ihnen die Macht entschlüpfte? Die Männer der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung? Die Träger der sittlichen Weltordnung?  
Sie entfalteten die Blutfahne der Gewalt.  
Sie appellierten an das Schwert. Sie wurden Rebellen.

„Wer das Schwert zieht, soll durch das Schwert untergehen“, sagt die Bibel.  
Und in die Sprache von heute übersetzt, heißt das: wer das Recht gewaltsam zu unterdrücken, seine Mitmenschen gewaltsam in die Sklaverei zu stürzen sucht, muß durch Gewalt zur Vernunft und zur Strafe gebracht werden.

Und die Gewalt des Volkes war stärker als die Gewalt der rebellischen Machthaber. Die Gewalt des Rechts siegte über die Gewalt der Unterdrückung und Ausbeutung.  
Es kostete Ströme von Blut. Und jeder Tropfen Blut liegt an den verbrecherischen Händen der Machthaber.

Aber die Negerklaverei ist und bleibt abgeschafft.  
Was die „Umstürzler“ von gestern erstrebten, ist heute Staats-gesetz der großen atlantischen Republik.

Wer fühlt sich nicht getroffen von der Ähnlichkeit? Wer fühlt nicht die Parallele?  
Vor 30 Jahren nahmen die Freunde der Negerklaverei im

Wesentlichen genau die gleiche Stellung ein, wie heute die Feinde der Lohnklaverei. Dieselben Beschimpfungen, dieselben Anklagen, dieselben Verfolgungen.

Und der weitere Verlauf wird im Wesentlichen derselbe sein.

Die Uebel der Lohnklaverei mit der auf ihr beruhenden kapitalistischen Produktion werden sich mehr und mehr fühlbar machen. Die Feinde der Lohnklaverei werden zahlreicher und zahlreicher werden: und der Tag wird kommen, wo sie die öffentliche Meinung beherrschen werden. Die Minorität ist zur Majorität geworden.

Und nun tritt an die Machthaber, welche in ihrem Sonder-Interesse, dem Gemeininteresse zuwider, die Aufrechterhaltung der Lohnklaverei wünschen, die Frage heran: friedlicher Weg oder Gewalt, Reform oder Revolution?

Sind die Machthaber dann so verständig, sich für den friedlichen Weg zu entscheiden, und in die reformatorische Abschaffung der Lohnklaverei zu willigen, dann wird das sozialdemokratische Programm ohne Gewalt verwirklicht. Sind sie nicht so verständig, dann mit Gewalt. Und unsere Lohnklaverei-Barone werden demselben Schicksal verfallen, wie weiland die Negerklaverei-Barone.

Und wer sind dann die Hochverräther, „Revolutionäre“, Umstürzler?

Nicht wir.

Jedenfalls wird die Lohnklaverei abgeschafft, ebenso wie die Negerklaverei abgeschafft wurde. Und jedenfalls wird das Eigentum an toten Arbeitsinstrumenten ebenso sicher als gemein-schädlich und strafbar befunden werden, wie weiland das Eigentum an lebenden Arbeitsinstrumenten.

Der „gewaltsame Weg“ ist kein Spaziergang; er ist nicht mit Rosen bestreut, und führt über Leiden und durch ein Blutmeer. Um so größer die Schuld der Elenden, die ihn den Völkern aufzwingen.

Und Revolution! Schreckgespenst feiger Gefellen.

Wie schrieb doch Channing, der größte amerikanische Philanthrop und Reformator, schon vor einem halben Jahr-hundert?

„Man muß sich endlich einmal klar darüber werden, daß die Feinde der Gesellschaft nicht in den sogenannten unteren Klassen zu finden sind. Die Massen können mißbraucht werden; allein die aufreizenden und leitenden Kräfte der Insurrektion sind stets in den oberen und reichen Klassen zu finden.“

... Die französische Revolution wird uns immer als warnendes Exempel vor Augen gehalten. Aber woher kam die französische Revolution? Wer waren die Königsmörder? Die Königsmörder waren Ludwig der Vierzehnte, dessen Nachfolger: der Regent, und Ludwig der Fünfzehnte. Diese brachten ihre Abkömmlinge auf die Guillotine. Die Pfaffen, welche das Eoist von Nantes widerriefen und aus Frankreich die Kunst und den Fleiß und die Tugend verbannten, die das Mark der Nation waren; die Staatsmänner, welche Ludwig den Vierzehnten mit dem Plan eines Weltreiches beauftragten; der lächerliche, verschwenderische, schamlose Orleans (der „Regent“); und noch vielschwere (more brutalized) Ludwig der Fünfzehnte mit seinem Hof von Kupplern und Dirnen — sie machten die Nation bankrott, zerrissen das Band der Loyalität und schlugen Thron und Altar in Trümmer.“

Und was von der französischen Revolution gilt, das gilt von allen anderen Revolutionen und Volkserhebungen.

Sie sind stets und ohne Ausnahme das Werk kurzfristiger und verbrecherischer Machthaber und Staatsmänner.

## In Sachen der Denkschrift

zum zehnjährigen Bestand des Sozialistengesetzes ist in diesen Tagen ein Zirkular zur Versendung gelangt, dessen Beherzigung wir allen Genossen nur dringend empfehlen können. Es ist absolut notwendig, daß diese Jubiläumsschrift so vollständig als möglich werde, nur dann kann sie ihrem Zweck entsprechen.

Da das Zirkular indes nicht allen Genossen zu Gesicht kommen wird, und da auch eine Reihe nicht direkt der Partei angehörender, aber mit unserer Sache sympathisirender oder wenigstens die Polizeiwirtschaft in Deutschland bekämpfender Personen uns durch Beschaffung von Material wichtige Dienste leisten können, so lassen wir das Zirkular vollständig hier noch einmal folgen:

„Es ist ... der Plan angeregt worden und hat derselbe in der ganzen Partei die freundlichste Zustimmung gefunden, zur Feier dieses Jubiläums eine Denkschrift herauszugeben, in der, neben einem zusammenfassenden Bericht über die Entwicklung der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands seit 1877, die Geschichte des Sozialistengesetzes, eine möglichst geordnete Zusammenstellung aller auf Grund des Sozialistengesetzes erlassenen Verbote von Büchern, Broschüren, Flugblätter, Zeitungen und Zeitschriften, Vereinen politischer, gewerkschaftlicher oder geselliger Art, Krankenkassen, Konsum-, Spar- und Bauvereinen u. gegeben wird. Außerdem soll die Denkschrift die Zahl der auf Grund der §§ 22 und 28 des Gesetzes Ausgewiesenen aufzählen; die zahllosen Hausdurchsuchungen, Konfiskationen, Verhaftungen und Verurtheilungen mit den dazu gehörigen Einzelheiten in das gehörige Licht stellen; von dem künstlich geschützten, im In- und Ausland unterhaltenen

Spiegel- und Denunziantenthum ein umfassendes und wahrheitsgetreues Bild entwerfen — kurz die Wirksamkeit des Gesetzes und seiner Ausführung in einem umfassenden Bilde darstellen.

Um diesen Zweck zu erreichen, ist es notwendig, daß die Genossen allerwärts, sowohl in- als außerhalb Deutschlands, das ihnen zur Verfügung stehende Material und die ihnen bekannten Thatsachen möglichst rasch sammeln, und zur weiteren Verwendung entweder an in Deutsch-land wohnende bekannte Genossen oder an die unten angegebene Adresse einsenden.

Wer also im Besitze von auf Grund des Sozialistengesetzes erlassenen Verbote ist, möge sich dieselben auf Vereine, Versammlungen, Wahl-komitees, Gewerkschaften oder Krankenkassen, periodische Druckschriften oder andere Vergleichen beziehen, der möge dieselben einsenden. Besonders wird um alle Reichs-Kommissions-Entscheidungen gebeten.

Um zu zeigen, was alles auf Grund des Sozialistengesetzes verboten werden kann, würde es sich besonders auch empfehlen, wenn bei Zeitungen, Flugblättern u. dergleichen zum einen und Exemplare, auf welche die Verbote sich beziehen, zur Stelle gebracht werden könnten, um daraus die „gefährlichen“ Ausstellungen anzuführen.

Von verboten Vereinen, Krankenkassen, Gewerkschaften u. dergleichen bitten wir uns die Vereinsstatuten einzusenden, soweit dieselben noch aufzubringen sind.

Um zu zeigen, wie wenig heilig den herrschenden Gewalthabern und ihren Dienern das Eigentum ist, sobald es sich in den Händen ihrer politischen Gegner befindet, soll in der Druckschrift eine Aufzählung des Wertes der mit Hilfe des Sozialistengesetzes zerstörten Zeitungen, Druckerien, Buchhandlungen u. dergleichen werden. Wir bitten also, auch nach dieser Richtung uns mit Material zu versehen. Von Interesse wären besonders Angaben über die Höhe der Ausgaben der unterdrückten Blätter, den Umfang der ruinirten Druckerien und die Zahl der durch die Verbote arbeits- und existenzlos gewordenen Personen.

Am schwierigsten, ja fast unmöglich ist es, ohne Einsicht in die entsprechenden Polizeialten, die Zahl der aus den Belagerungsge-bieten Ausgewiesenen zu feststellen. Hier wird ein annähernd richtiges Bild sich nur ergeben, wenn die von dieser Maßregel Betroffenen selbst mitwirken. Wir ersuchen deshalb sämtliche Aus-gewiesene, die Mittheilung über ihre Ausweisung unter Angabe des Datums, Jahres und des Bezirks, aus dem die Aus-weisung erfolgte, einzusenden. Ueber die Personalia der Ausgewiesenen bitten wir anzugeben: Das Geburtsjahr, Geburtsort und Landmannschaft, ob im Ausweisungsort heimathsberechtigt oder Bürger, ob verheiratet oder ledig, wie lange in der Gemeinde bereits wohnend?

Alle diese Angaben werden sich natürlich nur für den Zeitpunkt, am welchem die Ausweisung seiner Zeit erfolgte.

Genossen, welche aus mehreren Bezirken ausgewiesen sind, mögen unter Bezeichnung der betreffenden Bezirke dies ebenfalls angeben.

Für Genossen, welche seinerzeit ausgewiesen wurden, denen aber unter der Bedingung, sich von der Agitation fern zu halten, die Rück-kehr wieder gestattet wurde, werden ebenfalls ersucht, ihre Angaben einzusenden. Ihre Namen werden, so weit dies notwendig ist oder gewünscht wird, veröffentlicht und nur die übrigen sie nicht blossstellenden Daten veröffentlicht.

Ueber jene Personen aber, welche seinerzeit ausgewiesen wurden, später aber durch irgend welche Handlungen sich unwürdig gezeigt haben, zur sozialistischen Arbeiterpartei gezählt zu werden, ersuchen wir die Genossen der betreffenden Orte uns Mittheilungen zukommen zu lassen.

Da von den Hunderten Ausgewiesene viele bereits gestorben, andere vertrieben sind, so wird, um die Zahl annähernd richtig feststellen zu können, es sich empfehlen, daß die ausgewiesenen Genossen, denen diese Zeiten zu Gesicht kommen, nicht bloß von sich, sondern, soweit sie dazu im Stande sind, auch von ihren mit ihnen zu gleicher Zeit aus-gewiesenen Lebensgenossen die ihnen möglichen Angaben zu machen. Es würde in dieser Beziehung schon genügen, die Zahl der Mitange-wiesenen und wenn möglich deren Namen anzugeben.

Besonders ersuchen wir in dieser Beziehung die im Auslande lebenden Genossen, welche entweder selbst ausgewiesen worden sind oder mit Ausgewiesenen in Verbindung stehen, um ihre Unter-suchung.

Von besonderer Wichtigkeit ist es, zu zeigen, in welcher Weise durch die Handhabung des Sozialistengesetzes das den Arbeitern in der Ge-werbeordnung garantierte Koalitionsrecht illusorisch gemacht wird. Die Genossen werden deshalb ersucht, alles darauf bezügliche Material zu sammeln und einzusenden. Besonders wird neben den Verbotss-urtheilen um die zahlreichen Urtheile über die Verurtheilung von ver-schiedenen Gerichten des Reiches gegen Vorstände und Mitglieder von Gewerkschaften, Gewerkschaften u. dergleichen, gebeten. Soweit Klassen-abschlüsse und Abrechnungen aufgeführt oder unter amtliche Kontrolle gestellter Vereine noch vorhanden sind, bitten wir dieselben ebenfalls einzusenden.

Den freien Hilfskassen, sowohl den über ganz Deutschland verbreiteten sogenannten centralisirten Hilfskassen, als auch den örtlichen Kassen wurden theilweise von den Behörden die größten Schwierigkeiten bereitet, mehrere derselben dadurch sogar zur Auflösung gezwungen. Wir bitten über diese Verhältnisse und ebenfalls auf das Genaueste zu unter-richten.

Wenn in einzelnen Fällen der vorausgeführten Art Polizeibehörden und Gerichte sich bei ihren Maßnahmen nicht auf das Sozialistengesetz gestützt haben, so bitten wir das betreffende Material dennoch einzu-senden. Besonders gilt dies von den im Laufe des letzten Jahres im allen Saaten Deutschlands angestiegenen Geheimebundprozessen. Diese und ähnliche Prozesse sind eine einfache Folge des Sozialist-engesetzes und haben nur den Zweck, Handlungen unter die harten Bestim-mungen des Strafgesetzes zu bringen, von denen vor Einführung des Sozialistengesetzes kein Mensch eine Ahnung hatte, daß sie strafbar sein könnten.

Wir bitten, mit der Sammlung und Einsendung des Materials möglichst rasch vorzugehen, da dessen Sichtung und Ordnung immerhin eine längere Zeit in Anspruch nehmen wird, die Jubiläumsschrift aber unter allen Umständen rechtzeitig erscheinen muß.

Die eingesandten Schriftstücke werden nach ihrem Gebrauche, wenn dies verlangt wird, ihren Eigentümern wieder zugestellt, im anderen Falle aber im Parteiarhive zur Aufbewahrung gebracht. Soweit be-theiligte Genossen wünschen, daß ihre Namen verschwiegen bleiben, wird ihrem Wunsche selbstverständlich Rechnung getragen, wie in der Denk-schrift überhaupt jene Diskretion gewahrt werden soll, welche sich aus der Zwangslage, in der sich unsere Partei und ihre Anhänger befinden, von selbst ergibt.

Darauf es ankommt, ist, den Vätern und Handhabern des inhumanen Ausnahmengesetzes ein Denkmal der Schande für alle Zeiten zu errichten

und der Mit- und Nachwelt eine angemessene Darstellung all jener In-  
famie und Niedertracht zu geben, mit Hilfe deren eine vom blindesten  
Klassenhass geleitete Reaktion versucht hat und noch versucht, die deutsche  
Arbeiterwelt in ihrem Ringen und Streben nach Emanzipation nieder-  
zubrücken.

Wir richten deshalb an alle Genossen das Ersuchen, und in unserem  
Vorhaben durch möglichst vollständige Sammlung des Materials thätig-  
keitsfähig zu unterstützen; dasselbe Geschick stellen wir aber auch an alle  
Dienstmänner, welche, obwohl außerhalb unserer Partei stehend, doch Ge-  
legenheit hatten, mit dem Sozialistengesetz Bekanntschaft zu machen, oder  
denen sonst Fälle von Verbrechen einzelner Behörden auf Grund des  
Ausnahmengesetzes zur Kenntnis gelangt sind. ...

## Aus Dänemark.

Kopenhagen, 1. November 1887.

Bei uns geht's in der alten Leder weiter! Unser Reichstag ist nach  
kaum dreiwöchentlichem Bestehen schon wieder nach Hause geschickt  
worden, weil er das provisorische Finanzbudget, das von der Regierung  
kurz nach dem Zusammenritt vorgelegt wurde, abermals verworfen. Tags  
darauf nahmen sich die Herren Minister — analog der früheren Praxis —  
wieder die Freiheit, öffentlich zu verkünden, daß sie sich „die zur För-  
derung des Staatshaushalts nötigen Mittel“ selbst beschaffen hätten, und  
sein Dahn rief dann, der dänische „Christian“ läßt sich eben viel  
gefallen. Daß diese gemeinen Vergewaltigungen der Verfassung „als  
selbstverständlich“ und so ruhig hingenommen werden, ist ein trauriges  
Zeichen der heutigen verfallenen Zustände. Unsere Herren Liberalen, die  
vor einigen Jahren das demokratische „Selbstbestimmungsrecht des Volkes“  
als das A und O ihres Programms stets im Munde führten, sind jetzt  
so keimwütig geworden, daß einer ihrer Wortführer neulich im Fes-  
tungskongress erklärte, die Opposition verzichte auf die Forderungen des  
Parlamentarismus (hier speziell Ministerwechsel betreffend). Es hätte  
auch wirklich nicht viel gefehlt, so wären die Herren auf einen mageren  
Vergleich mit dem Ministerium eingegangen und alle die reaktionären,  
provisorischen Gesetze wären dann anerkannt worden. Nur den Bestre-  
bungen des Expräsidenten Berg, der seine ehemaligen Kampfesgenossen  
an ihre früheren Ideale erinnerte und zum Standhalten ermahnte, war  
es eigentlich zuzuschreiben, daß die Opposition vor einer kläglichen Nieder-  
lage bewahrt blieb.

Im Dezember tritt der Reichstag wieder zusammen, und wenn er seine  
Freiheit bewahrt, so gibt's jedenfalls eine Auflösung, und im Januar  
bleibt es neue Wahlen. Die Sache ist eigentlich kein neues Ereignis:  
Wahlen mitten im Winter sind immer ungünstig für die Arbeiterklasse.  
Stimmenlauf und ökonomischer Druck seitens unserer Gegner können  
mit Beiläufigkeit betrieben werden, zumal die Wahl eine öffentliche ist.  
Unsere Genossen werden sich aber nicht überumpeln lassen, und schon  
jetzt hält man Versammlungen wegen der eventuellen Neuwahlen ab.

Schade nur, daß all die Mühen mit so wenig augenscheinlichen Erfolgen  
beendet sind; so lange eben das reaktionäre Ministerium am Ruder ist,  
ist an Reformen gar nicht zu denken.

Der verflozene Sommer war für die Ausbreitung unserer Ideen  
besonders günstig. Drei neue Organe in der Provinz sind gegründet  
worden, neue Vereine — auch unter Landarbeitern — in's Leben ge-  
treten und mehrere Genossenschaftsbüroen etabliert worden. Wenn auch  
letztere unter den heutigen Verhältnissen keine rein sozialistischen Anstalten  
sind, so geben sie doch trotzdem einen erfreulichen Beweis von der  
Solidarität der arbeitenden Klasse und zeigen unseren Gegnern, daß die  
Welt auch ohne die Herren Kapitalisten recht gut bestehen kann. Die  
hiesige Genossenschaftsbüroerei wird in kurzer Zeit in großem Stile be-  
trieben werden können, da ein eigenes Gebäude mit Mühle und den  
neuesten maschinellen Einrichtungen der Vollendung nahe ist.

Unsere Presse war in der letzten Zeit äußerst rührig. Besondere Sen-  
sation im ganzen Lande erregten eine Reihe Artikel im hiesigen „Sozial-  
demokraten“: Enttarnungen über die grenzenlos traurigen Zustände in  
einigen größten Landbesitzernhäusern und Zwangsarbeitsanstalten. Ich  
will die Leser des „Sozialdemokraten“ nicht mit Details ermüden, aber so  
viel sei bemerkt, daß es geradezu himmelschreiend ist, zu wissen, welche  
Arten von Brutalität und Gemeinheit am Schluß des neunzehnten Jahr-  
hunderts in einem zivilisierten Lande noch möglich sind. Alte, ehrenwerte  
Arbeiter müssen ihren Lebensabend beschließen in der Gesellschaft von Ver-  
brechern, Prostituierten, Geisteskranken, Trunkenbolden u. s. w., müssen  
dieselbe miserable Behandlung erdulden wie diese und oft genug hart  
arbeiten bei einer elenden Rost. Auch Kinder hat man in solche „menschen-  
verderbende Anstalten“ gesteckt, wo diese armen Geschöpfe geradezu unter-  
gehen müssen.

Auf einem andern, ebenso sauberen Gebiete hat sich unser Blatt eben-  
falls Vorbeeren verdient, nämlich im Kampfe gegen die bekannten „Rödel-  
darlehenswucherer“, die Klasse der „edlen Menschenfreunde“, die ihren  
unglücklichen Mitbürgern aus „Verlegenheiten“ helfen durch ein „kleines  
Darlehen gegen Rödelpfand“ und die damit in Verbindung stehenden  
Scheinkäufe und Vermietungen der eigenen Rödel an den Verdrängten.  
Durch unerbittliche Ramboismachung der „Blutsauger“, der nähere Um-  
stände bei verschiedenen Kontrakten und deren Prolongation, durch Rechts-  
beistand und Prozesse gegen Erefaktionen hat es unser Blatt so weit  
gebracht, daß die Gerichte Notiz von den in diesen Angelegenheiten herr-  
schenden Mißständen nahmen und eine andere Praxis bei der Behand-

lung derartiger Schuldentreibungen einführen, so daß den Wucherern  
die gerichtliche Hilfe zur Ausführung ihrer sauberen Pläne sehr erschwert,  
ja fast ganz vereitelt ist.

Auch in der Kation für das physische Wohl unserer Genossen hat  
unsere Partei Erfolge zu verzeichnen, indem man nach englischem Muster  
Arbeiterportierhäuser (Gricket, Langball etc.) gründete, die für viele Branchen  
wie Schuhmacher, Schneider, Buchdrucker, Maler etc. eine große Wohl-  
that sind und einer Klasse Menschen gesunde Bewegung in frischer Luft  
verschaffen. Durch Arrangierung von öffentlichen Wettkämpfen wurden  
weitere Kreise für die Sache interessiert und hat dieselbe die besten Aus-  
sichten für die Zukunft.

Auf sachlichen Gebieten ist ebenfalls nur Erfreuliches zu berichten.  
Die hiesigen Bäcker führten ohne besonderen Kampf die volle Ausdeh-  
nung ihres Wochenlohnes durch, den sie bisher nur halb in Baar, halb  
in Rost und Logis bei den Meistern erhielten, wie dies in dieser Branche  
wohl noch allgemein üblich ist. Daß Einigkeit Rast macht, bewährte sich  
auch in diesem Lohnkampfe, da die Meister ohne großen Widerstand auf  
die beschiedene Forderung der Gefellen eingingen und nur wenig Schläfen  
als „Schraubendreher“ auftraten.

Zum Schluß noch die Mitteilung, daß Genosse Holst nach nur kurzem  
Genuss der Freiheit schon wieder der Justiz in die Quere gelaufen  
ist. Knäplich eines Rodouts, der vorigen Jahr in einer hiesigen Weberei  
helfte, trat er auf der Rednertribüne dem betreffenden Großkapitalisten  
zu nahe und muß nun dafür wieder in die „Brumme“. Daß ein paar  
Monate mehr oder weniger unsern energischen Genossen nicht misder-  
gehen die Ausbeutungsgeellschaft stimmen werden, dessen sind wir gewiß;  
wenn aber unsern Leuten durch eine fortgesetzte Vergewaltigung einmal  
die Schuld reist, so sollen sich die Nachhader nicht wundern. Zünd-  
stoff ist genug in der Waffe vorhanden, also „verwahrt das Feuer und  
das Licht, daß Euch kein Schade geschieht!“

Rinaldini.

## Sozialpolitische Rundschau.

Berlin, 2. November 1887.

— Je näher der Tag heranrückt, da es sich entscheiden muß,  
ob das Chicagoer Bluturteil wirklich vollstreckt werden soll  
oder nicht, um so fieberhafter arbeitet die Kapitalistenpresse  
hüben wie drüben darauf hin, Stimmung für die Hinrichtung zu machen.  
Die patetischen Vertreter der Religion der christlichen Liebe, die männ-  
lichen und weiblichen Betischwestern, die in der Kirche gerührt flennen,  
wenn ihr Pfaffe ihnen aus dem Evangelium vordröhrt: „Nicht, nicht,  
auf daß ihr nicht gerichtet werdet“, die Rache ist mein, spricht der  
Herr“, geben sich in ihrer Rache wie rasend. „Blut, Blut, wir wollen  
Blut“, so tönt es uns grade aus den Reihen derjenigen entgegen, die für  
Bildung und wahre Religiosität einzutreten vorgeben. Die liberalkon-  
servative „Neue Zürcher-Zeitung“ hielt es neulich für zeitgemäß, wider  
die rohe Sprache der Arbeiterführer in den Volksversammlungen zu lei-  
tens. Wir wollen einmal annehmen, was wir freilich bezweifeln, daß  
sie Recht habe, daß die Kraftausdrücke, die vielleicht dem einen oder dem  
andern Redner gelegentlich unterlaufen, die Regel bilden — was wollen  
alle diese Kraftausdrücke, was will die rohe Sprache belegen gegen  
die Roheit der S e i n u n g, die die „Neue Zürcher-Zeitung“ in ihrer  
allernächsten Umgebung gepredigt findet? Wie tief muß ein Mensch  
gesunken sein, der darüber jubeln kann, daß Menschen, die seit  
Jahr und Tag im Gefängnis saßen, also, soweit sie je schuldig waren,  
bereits unschuldig gemacht sind, nun doch noch gekerkert werden sollen!  
Welch enormer Grad stillosen Verkommenheit gehört dazu, in wahre  
Delirien der Vergnüfung darüber auszuberechnen, weil sieben Menschen,  
denen Niemand niedrige Motive vorwerfen kann, uns Leben gebracht  
werden sollen!

Und um der Infamie die Krone aufzusetzen, erfindet und kolportiert  
man allenthalben Lügennachrichten von neuen Attentaten, damit auch der  
Theil des Publikums noch für die Ausführung des fieselsachen Mordes  
gewonnen werde, der sich bisher eine ruhigere Auffassung gewahrt. Erst  
sollte gegen den Präsidenten des Oberhausgesetzes in Washington ein  
Bombenattentat versucht worden sein, und nachdem sich das als Schwindel  
herausgestellt, will man am 6. November in der Halle eines der Ver-  
urteilten, Louis Lingg, sechs geladene Bomben verpackt gefunden haben.  
Der Fund kommt den nach Blut Lechenden viel zu gelegen, als daß  
irgend ein Urteilsfähiger an seine Schickel glauben könnte, aber bei der  
großen Wut derer, „die da selig sind im Glauben“, wird er natürlich  
seine Wirkung nicht verfehlen. Auf diese Art werden die Schritte para-  
lysiert, die human denkende Angehörige aller Parteien dieses und  
jenseits des Ozeans getan, um die Ausführung einer Maßregel zu ver-  
hindern, die zu den grausamsten gehören würde, die das Jahrhundert  
gesehen. Ehre diesen Männern, Ehre den Deputierten des englischen und  
französischen Parlaments, die ihre Stimme gegen die Ausführung des  
Todesurteils erhoben, Schande aber den Wuchern, die auf den Tod  
von sieben Männern lauern, deren Schuld nicht nachgewiesen, von denen  
die meisten erweislich unschuldig sind. Sprächen der Verband und  
die wissenschaftliche Ueberzeugung nicht dagegen, man könnte beim Leben  
der für Gott und die Ordnung todbenden Heferspreffe selbst Anarchist  
werden.

Am wichtigsten wurde aber die Verbindung von Marx und Engels  
mit dem internationalen „Bund der Gerechten“, dem späteren Kom-  
munistenbund, den sie zum Vorläufer der Internationale  
machten. Dieser Bund, unter den damaligen politischen Verhältnissen  
notwendig ein Geheimbund innerhalb öffentlicher Arbeitervereine, wie  
z. B. des kommunistischen Arbeiter-Bildungsvereins in London, war eine  
Ordnung deutscher Revolutionäre — meist Arbeiter — in Paris, halb  
Propaganda, halb Verschwörungs-Gesellschaft, unter dem Einflusse des  
französischen Arbeiter-Kommunismus. Er wuchs rasch an, bald bildeten  
sich Sektionen in England und der Schweiz. London wurde nach 1839  
der Mittelpunkt des Bundes, der bald auch in Belgien und Deutschland  
Sektionen bildete. Aus einem Verein deutscher Emigranten in Paris  
wurde er ein internationaler kommunistischer Verein.

Aber nicht nur an Ausdehnung nahm er zu, sondern auch an Klar-  
heit. Der urwüchsige französische Arbeiter-Kommunismus genigte den  
leitenden Köpfen immer weniger; auch der Weiling'sche sektiererische  
Kommunismus nährte sich rasch ab. Gleichzeitig wuchs der Einfluß von  
Marx und Engels auf die sozialistischen und demokratischen Bewegungen,  
ihre neuer Standpunkt wurde in deren Reihen bekannt.

So kam es, daß im Frühjahr 1847 Marx in Brüssel und Engels in  
Paris, wohin er sich von Brüssel begeben, vom Uhrmacher Roli  
ausgelacht wurden, einem hervorragenden Mitgliede des Bundes, das  
Engels bereits 1845 in London kennen gelernt hatte. Roli forberte sie  
im Namen seiner Genossen zum Eintritt in den Bund auf, unter der  
Versicherung, daß man bereit sei, den konspiratorischen Charakter des  
Bundes fallen zu lassen und die neuen theoretischen Gesichtspunkte an-  
zunehmen. Beide folgten dem Rufe. Im Sommer 1847 fand der erste  
Bundeskongress in London statt, auf dem Engels die Pariser Mitglieder  
vertrete. Der Bund erhielt auf diesem Kongress nicht nur einen neuen  
Namen — Bund der Kommunisten — sondern auch eine völlig neue  
Organisation. Aus einer Verschwörungs-Gesellschaft wurde eine Propaganda-  
gesellschaft.

Der zweite Kongress fand Ende November und Anfang Dezember des  
selben Jahres statt. An diesem nahm nicht nur Engels, sondern auch  
Marx teil. Die Umwandlung, die der erste Kongress angebahnt, wurde  
vollendet, die letzten Widerstände und Zweifel erledigt, die neuen  
Grundsätze einstimmig angenommen und Marx und Engels wurden  
beauftragt, das Manifest des Bundes auszuarbeiten. ...

Damit begann eine neue Epoche in dem Leben von Marx und Engels.  
Sie zogen sofort nach Paris und von da nach Deutschland, und über-  
nahmen in Köln die Leitung eines täglichen Blattes, der „Neuen Rhein-  
ischen Zeitung“.

\*) Hier fehlt ungewiss eine Stelle, die sich auf die Ausarbeitung  
des „Manifestes der Kommunisten“ und den Ausbruch der französischen  
Revolution von 1848 bezieht.

Die Redaktion des „Sozialdemokraten“

In dem Augenblick, da wir dies schreiben, ist vielleicht das Schicksal  
der sieben Verurteilten schon entschieden. Rüge bei den maßgebenden  
Personen noch im letzten Moment die Einsicht Oberhand gewonnen haben,  
daß man mit Bluthat noch nie Staat und Gesellschaft gerettet, wohl  
aber oft den Anlaß zu weiteren Gewalttaten gegeben hat. Wer die Blut-  
rache als maßgebenden Rechtsgrund hat, proklamiert, laßt die Verantwort-  
ung für alle Folgen dieses Systems auf sich.

Rachgriff. Die nach Abschaffung des Vorbesitzenden eingelaufene  
Telegramme melden, sollen Fieber, Schwab und Spies ein Gnadenge-  
such an den Gouverneur von Illinois eingereicht, letzterer überließ, um sein  
Leben zu retten, seine Widerwillenheit den nun nicht haben. Seinen  
Angaben sei es namentlich zu verdanken, daß die Absicht Lingg's, das  
Gefängnis in die Luft zu sprengen, vereitelt worden sei.

Selbst wenn das alles wahr sein sollte — was wir vorläufig stark  
bezweifeln — so könnte es höchstens unsere Ansicht über einzelne Per-  
sonen, nicht aber über die Verantwortlichkeit der geplanten Abschachtung  
ändern.

— Die Fabrikinspektoren sind bekanntlich schon seit einigen Jahren  
bei der deutschen Regierung in Rixdorf gekommen, und man  
kann fast sagen, ihre Unbeliebtheit höherer Orts beginnt mit dem Tage,  
da die „Kera der Sozialreform“ so pompös eingeladen wurde. Gewiß  
ließ die Thätigkeit der Fabrikinspektoren auch in den ihnen gezogenen  
engen Schranken noch viel zu wünschen übrig, aber die Logik der Thab-  
sagen führte dazu, die ganze Institution in eine für die Arbeiterklasse  
wohlthätige Richtung zu drängen. Mit wenigen Ausnahmen bemühten  
sich die Herren, die — allerdings verdammt wenigen — Vortheile der  
Gewerbe-Verordnung den Arbeitern auch praktisch zu sichern, und diejenigen  
Punkte zu bescheiden, in denen die Gesetzgebung weiterhin eingreifen  
habe, um wenigstens allmählich einige der schreiendsten Mißstände zu be-  
seitigen. Namentlich waren es auch die jährlichen Berichte über  
ihre Thätigkeit, die allmählich einen immer tieferen Einblick in  
unsern industriellen Verhältnisse gäst atteten. Trotz ihrer offiziellen Reserve  
lieferten grade diese Berichte den Feinden einer weiteren Ausdehnung  
der Fabrikgesetzgebung und in erster Linie einer Vermehrung der  
Zahl dieser Inspektoren die scharfsten Waffen zur Begründung  
ihrer Forderungen.

Das dürfte natürlich nicht so fortgehen, und so hat denn auch die  
arbeiterfreundliche aller Regierungen — wenn wir nicht irren, im  
vorigen Jahre — den Beschluß gefaßt, diese Berichte der Fabrikinspek-  
toren in Zukunft nicht mehr zu veröffentlichen, sondern sie  
von berufenen Beamten im Reichsamt des Innern zu einem offi-  
ziellen Generalbericht verarbeiten zu lassen, und diese  
„Berufenen“ haben ihre Aufgabe so vortrefflich begriffen, daß die „Rach-  
lichen Mittheilungen aus den Jahresberichten der mit Beaufichtigung  
der Fabriken betrauten Beamten“ nicht fast als eine kurze Zusammen-  
fassung — die ganze Arbeit umfaßt kaum 142 Druckseiten — von  
Mittheilungen, die in tendenziöser Weise dahin gefälscht wor-  
den, daß sie sich als Waffe gegen die Forderungen der  
Arbeiterklasse verwenden lassen. Wir haben erst vor Kurzem nach  
der Münchener „Allgemeinen“ eine Probe aus dem angeblichen Bericht  
des Fabrikinspektors für Berlin-Charlottenburg gegeben, und diese eine  
Probe spricht genügend für das Ganze. In der „Berliner Volkszeitung“  
der erwähnte Generalbericht zu Gesicht gekommen, wurde derselbe  
letzter Tage einer Kritik unterzogen, der wir nachträglich folgende charak-  
teristische Stelle entnehmen:

„Dieser Bericht ist, wenn man etwa von einigen statistischen Angaben  
und einigen leuchtigen Vorurtheilen zur Verhütung von Unfällen absteht,  
ohne jeden sachlichen Werth. Er enthält allgemein zusammenfassende,  
völlig ungenau und unrichtige Angaben eines ungenannten Verfassers über die  
Berichte der Fabrikinspektoren; von den letzteren läßt er grade die aus  
ihren früheren Berichten als besonders tüchtig bekannten,  
wie beispielsweise den Fabrikinspektor für Düsseldorf, nur beiläufig  
und nebenbei als Worte kommen.“ ... Wie in der  
Einführung springt die Tendenz hervor. Die Fabrikinspektoren geben in  
ihren Berichten sowohl die Zahl der Betriebe, welche sie pflichtgemäß  
untersuchen sollen, als auch die Zahl der Betriebe, welche sie thatsächlich  
untersucht haben, genau an, und aus dem Verhältniß dieser Zahlen  
ist bekanntlich die im Reichsamt des Innern erhobene Forderung ent-  
standen, die Zahl der Fabrikinspektoren zu vermehren, da ihre gegen-  
wärtige Anzahl fast durchweg fünf oder gar zehnmal zu groß für die  
Arbeitskraft eines einzelnen, noch so tüchtigen Beamten sind. Das Reichs-  
amt des Innern läßt nun in seinem Bericht einfach die eine Reihe dieser  
Zahlen fort, nämlich die Zahl der Betriebe, welche gefällig der Aufsicht  
der Fabrikinspektoren unterliegen. Es erzählt beispielsweise, daß der  
Fabrikinspektor für Berlin-Charlottenburg im Jahre 1886 632 Revi-  
sionen vorgenommen habe, was ja ganz statthaft klingt und jedenfalls  
den Hiesigen dieses Beamten ein ehrenvolles Zeugnis ausstellt, aber es  
vergibt, zu erwähnen, daß in diesem Bezirk mindestens mehr als  
fünfmal so viele Betriebe zu beaufsichtigen wären; bereits vor  
vier Jahren, im Jahre 1883, waren nach dem Berichte des hiesigen  
Fabrikinspektors 3455 entsprechende Betriebe in Berlin-Charlottenburg  
vorhanden. Auf diese eben so kurze wie staatsmännliche Weise ist dann  
allerdings die „Quelle der Unzufriedenheit“ über die unzureichende Zahl  
der Fabrikinspektoren „abgegraben“.

Die eigentliche Darstellung, welche das Reichsamt des Innern gibt,  
beginnt mit einer Klage über den — „auf der Landwirthschaft  
lastenden Druck“. Dann wird ausgeführt, daß die wirthschaftlichen Ver-  
hältnisse in dieser Zeit ist die der genannten Zeitung.

Deren Geschichte erzählen hies aber die Geschichte des Jahres 1848 mit  
seinen Ausläufern erzählt. Darauf können wir uns natürlich nicht ein-  
lassen. Genug, zu keiner Periode ihres Lebens haben diese Engels  
und Marx so offenkundig ihre bereits erwähnte Eigenschaft als des  
Tag gelebt, wie damals: die innige Vereinigung praktischer und theo-  
retischer Wirkens, die Vereinigung des Gelehrten mit dem Politiker, des  
Kämpfers mit dem Kritiker. Niemand hat an den revolutionären Kämpfen  
entweder Anteil genommen, als sie, Niemand hat sich in diesen  
Kämpfen freier von Illusionen gehalten, als sie.

Und niemals bleiblich war eine Bewegung so voll von Illusionen,  
wie die von 1848, namentlich in dem politischen und ökonomischen so un-  
reifen Deutschland, wozu natürlich auch Deutschland gehörte: der  
revolutionäre Theil der Bourgeoisie, das Kleinbürgertum und die Ar-  
beiter glaubten, mit dem Sturz der reaktionären Regierungen sei das  
Himmelreich auf die Erde gekommen; sie hatten keine Idee davon, daß  
der Sturz dieser Regierungen bloß der Anfang und nicht das Ende der  
revolutionären Kämpfe war, daß die errungene bürgerliche Freiheit des  
Boden bildete, auf dem sich der große Klassenkampf zwischen Bourgeoisie  
und Proletariat abspielen sollte, daß die Freiheit nicht den sozialen  
Frieden, sondern neue soziale Kämpfe brachte.

Man ist vielfach der Ansicht, die Revolution von 1848 sei gescheitert.  
Das in Wahrheit damals Schicksal ist, waren die Illusionen,  
welche die Gegenstände innerhalb der oppositionellen Klassen verdeckten,  
welche die Leute glauben machten, daß Arbeiter, Fabrikanten und Land-  
werker Brüder seien mit gemeinsamen Interessen, gemeinsamen Zielen.  
Diese Gemeinsamkeit erstreckte sich aber bloß auf die Opposition gegen  
das herrschende absolutistische System; die Revolution hat den Gegensatz  
zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat enthüllt, gleichzeitig aber  
auch die politische Unfähigkeit des Kleinbürgertums.

Das Kleinbürgertum war die Seele der Bewegung von 1848, ihre  
Niederlage war vor allem die seine. Das Jahr 1848 bedauerte seinen  
politischen Bankrott. Überall trat das Proletariat für das  
Kleinbürgertum ein, überall wurde es von diesem schließlich verrathen.  
Die Arbeiterklasse war damals aber noch zu jung, zu unruhig, zu sehr  
das verurtheilt, unterlag sie.

Die Bourgeoisie scheiterte nicht in ihren Bestrebungen in der  
Revolution. Die Reaktion übernahm die Durchführung der meisten ihrer  
Absichten. Das Proletariat (auf dem Kontinent) lernte in der  
Revolution seine Freunde und Feinde kennen, es erkannte zuerst seinen  
Gegensatz zur Bourgeoisie, die Unmöglichkeit des Kleinbürgertums. Es  
lernte sich zuerst fühlen, es gewann ein Klassenbewußtsein, ein Selbst-  
bewußtsein. Von der Februar-Revolution datiert diese seine Entwidlung  
zur bewußt kämpfenden Klasse, namentlich in Deutschland.

Die einzige Klasse, die in jeder Beziehung verlor, ökonomisch, poli-  
tisch, moralisch, das war das Kleinbürgertum. Das Scheitern  
wirklich in der Niederlage der Revolution.

## Feuilleton.

### Friedrich Engels.

Von R. Rautsky.

(Fortsetzung.)

Die „Lage etc.“ war nach der Rückkehr von Manchester in Barmen  
ausgearbeitet worden. Aber gleichzeitig überzeigte sich Engels, daß mit  
seinen jetzigen Ansichten ein Aufenthalt in dem pietistischen Barmen, in  
dem Schooße einer strenggläubigen und hochkonservativen Familie un-  
verträglich war. Er hing also die Kaufmannschaft einstellten an den  
Weg und ging nach Brüssel, wohin auch Marx sich begeben, nachdem  
er auf Veranlassung der preussischen Regierung aus Frankreich ausge-  
wiesen worden. Und nun begann eine rege, gemeinsame Arbeit beider.  
Die theoretischen Grundlagen ihres Wirkens waren bald gewonnen; es  
galt jetzt einerseits auf ihnen ein neues wissenschaftliches System aufzu-  
bauen, andererseits aber die thatsächlich vor ihren Augen vor sich gehende  
proletarische Bewegung auf diese Grundlage zu stellen und zum Selbst-  
bewußtsein zu bringen. Die für Marx und Engels so bezeichnende innige  
Vereinigung praktischer und theoretischen Wirkens, eines das andere  
fördernd, bekam nun ein bestimmtes Ziel, das das Ziel ihrer Lebens-  
arbeit gebildet ist, auf das hin sie von nun an alle ihre Kräfte plan-  
mäßig konzentrierten.

Ihre erste wissenschaftliche Aufgabe war die Schlussabrechnung mit der  
gleichzeitigen deutschen Philosophie, also mit den Ausläufern der Jung-  
hegel'schen Schule. Sie arbeiteten gemeinsam eine Kritik der nachhegel'schen  
Philosophie aus (Stirner, Feuerbach, Bauer), die indes nicht veröffent-  
licht wurde. Aber, wie Engels schreibt, „wir waren keineswegs der Ab-  
sicht, die neuen wissenschaftlichen Resultate in diesen Büchern auszufüh-  
ren, die „gelebten“ Welt zum Ausdruck zu bringen. Im Gegentheil. Wir sahen beide  
schon tief in der politischen Bewegung, hatten unter der gebildeten Welt,  
namentlich Westdeutschlands, einen gewissen Anhang, und zeitliche Füh-  
lung mit dem organisierten Proletariat. Wir waren verpflichtet, unsere  
Ansicht wissenschaftlich zu begründen; ebenso wichtig aber war es für  
uns, das europäische und zunächst das deutsche Proletariat für unsere  
Ueberzeugung zu gewinnen. Sobald wir erst mit uns selbst im Reinen,  
ging es an die Arbeit. In Brüssel hielten wir einen deutschen Arbeiter-  
verein und bewährten uns der „Deutschen Brüsseler Zeitung“. Ebenso  
standen wir in einer Art Kartell mit den Brüsseler Demokraten (Marx  
war Vizepräsident der demokratischen Gesellschaft) und den französischen  
Sozialdemokraten von der „Reforme“, der ich Nachrichten über die eng-  
lische und deutsche Bewegung lieferte. Kurz, unsere Verbindungen mit  
den radikalen und politischen Organisationen und Propaganden waren  
ganz nach Wunsch.“

Hande auch, wohl die Arbeitgeber in einem Theile der Industrie mehr, oder minder empfindlich betroffen haben", dagegen ist durch diese Roth Rinde „ein nachtheiliger Einfluß auf die Verhältnisse der Arbeiter bislang im Allgemeinen selten geübt worden". Diese Auffassung gleicht sich „im Allgemeinen", im „Großen und Ganzen" durch den ganzen Bericht. So heißt es Seite 74: „Die Löhne erhielten sich im Großen und Ganzen auf ihrer bisherigen Höhe, erfuhren auch manchmal (!) eine nicht unbeträchtliche Steigerung. (!) Herabsetzungen des Lohnes haben nur vereinzelt (!!) stattgefunden." Und so noch gegen den Schluß hin Seite 131: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter wird, wenn auch nicht überall, so doch im Großen und Ganzen als befriedigend bezeichnet." Dann folgt wieder ein Rothschrei über die „wenig günstigen Verhältnisse der Landwirtschaft", an welche sich bezeichnender Weise die Versicherung schließt, daß die Preise der Lebensmittel allen Arbeitern zu Gute kommen, indem sie „im Allgemeinen dieselben geblieben", „vereinzelt" zwar gestiegen, aber „an manchen Orten zurückgegangen" seien. Wenn sich also diese Schlussfolgerungen aus den Berichten der Fabrikinspektoren ergeben, so ist es wirklich wunderbar, weshalb dieselben nicht wörtlich veröffentlicht werden.

So die „Vollziehung". Also die Arbeiter befinden sich, im Gegensatz zu den darbenenden Landjüngern, im Großen und Ganzen in günstiger Lebenslage. Wenn aber dem so ist, so sind natürlich die zahlreichen Streiks nur die Folge der „Ausbreitung fremder Agitatoren", das Werk der „Undankbarkeit gegen die Arbeitgeber" u. s. w. Ja, wie schon früher erwähnt, der oder die „Verurtheilten" sind den Arbeitern auf ihre Schliche gekommen: die Arbeiter streiken, um ihren Lohn zu vermindern, und dadurch das Proletariat zu vermehren. Der Puttkamer'sche Streikler hat demnach im Gegensatz dazu den edlen Zweck, die Arbeiter gegen die Lohnverminderungs-Bestrebungen zu schützen.

Die Insanie durch Bismarck zu rechtfertigen — was bräute heute ein preussischer Beamter auf dem Gebiet der „Sozialreform" nicht Alles unweil!

— Ein Lumpazius. Der Mann heißt Feist (schon ein bedenklicher Name) und er ist Dr. seines Handwerks. Dieser Doktor und Lumpazius sah vorigen Monat in einem Wirthshause zu Göttingen, als einige fremde Gäste hereintraten, die ein lebhaftes Gespräch über politische und unpolitische Dinge führten. Der Doktor und Lumpazius war „ganz Ohr", wie das Cille und sogar staatsbürgerliche Pflicht ist im Reiche der Puttkamer, Bismarck und Jhring-Nachkom, und er hörte, oder glaubte zu hören, daß einer der Gäste nicht mit dem, ihm dem Doktor und Lumpazius nützlich erscheinenden Respekt von gekrönten Häuptern im Allgemeinen und gewissen gekrönten Häuptern im Besonderen redete. Er spitzte die Ohren, spitzte und spitzte. Die Segnungen des Reptilienfonds, und die ganzen staatsbürgerlichen Verdienste des großen Jhring-Nachkom fliegen auf vor dem geistigen Auge des ohrenspitzenden Doktors und Lumpazius; und der Doktor und Lumpazius ließ gleichwohl auf die Polizei der berühmten Universitätsstadt Göttingen und verstand, daß der Staat bedroht sei durch die Neben eines Mannes, der sich über gekrönte Häuptern in gottesselbstlicher Weise ausgebrüht habe. Man solle ihm ein paar Politisten mitgeben; er, der Doktor und Lumpazius Feist, werde ihnen den majestätisch-lebendigen Verbrecher zeigen.

Die paar Politisten wurden dem Doktor und Lumpazius Feist mitgegeben, und der Doktor und Lumpazius Feist zeigte mit Fingern auf den majestätisch-lebendigen Verbrecher. Umsonst betruete dieser seine Anstands; umsonst wurde der Beweis erbracht, daß der Doktor und Lumpazius Feist von seinem Platz aus das Gespräch der fremden Gäste gar nicht genau habe hören können — der Fremdling wurde verhaftet. Es war ein Bauer aus Hamburg, der sein Leben lang nicht daran gedacht hat, Majestäten zu beleidigen — schon aus dem einfachen Grund, weil er als geborner „Republikaner" gar nicht weiß, was „Majestäten" sind. Der Verhaftete hatte ein paar Wochen in Untersuchungshaft zu sitzen und Ende vorigen Monats kam es zur Prozeßverhandlung. Die Freunde des Angeklagten, welche am kritischen Abend mit ihm zusammen gewesen waren, bezeugten, daß von Majestäten gar nicht gesprochen worden sei, also eine Majestätsbeleidigung nicht habe begangen werden können. Allein der Doktor und Lumpazius Feist ist stur, und dem stursten der Doktor und Lumpazius Feist wurde natürlich geglaubt — und der Bauer Hartwig aus Hamburg hat für die ihm angelobte „Majestätsbeleidigung" ein Jahr im Gefängnis zu sitzen. Das ist deutsch.

— Polizeilich approbirt und geschützter Meineid. Ende des vorigen Monats veröffentlichte der Meineidspasse Stöder in Berlin ein von geistlichen Lügen und Gefährlichkeiten strotzendes Pamphlet, in dem auch Genosse Singer in schäuflicher Weise verleumdet wurde. Das „Berliner Volksblatt" ertheilte daraufhin dem Meineidspasse die verdiente Züchtigung und wurde, wie bereits in voriger Nummer mitgetheilt, polizeilich beschlagnahmt. Denn der Meineidspasse gehört zu den Fiebern und Stützen der heutigen Gesellschaftsordnung, die des Meineids zu ihrer Existenz bedarf.

Und ein paar Tage später stellte das „Siegener Volksblatt" den Meineidspasse Stöder an den Pranger, und wurde für dieses Verbrechen ebenfalls polizeilich mit Beschlagnahme belegt. Denn der Meineidspasse ist eine Fieber und Stütze der heutigen Gesellschaftsordnung, die des Meineids zu ihrer Existenz bedarf. Und die Polizei, als die Hüterin der heutigen Gesellschaftsordnung, erfüllt nur ihre Pflicht.

Alles das ist heute, ein Menschenalter nach dem Kampf, ziemlich klar. Im Jahre 1848 war die „Neue Rheinische Zeitung" das einzige Blatt, waren die Männer der „Neuen Rheinischen Zeitung" die Einzigen, die das klar erkannten, die sich zur Aufgabe machten, nicht die Illusionen der Massen durch hohle Phrasen zu nähren, sondern durch unermüdete Kritik zu vernichten, die die kleinbürgerlichen Schwärmer im preussischen Parlament ebenso mit der Lauge ihres Hohnes übergossen wie die Revolution und deren Landknechte à la Dignowsky. Nicht etwa, daß sie mit ihrer Kritik Rathlosigkeit und Demuth erzeugt hätten. Im Gegentheil, kein Blatt trieb energischer zum Handeln an als die „Neue Rheinische Zeitung", zu entscheidendem und raschem Handeln, solange der Gegner noch am Boden lag, zur rücksichtslosen Widerwerfung aller Stützen des Alten, die noch geblieben waren.

Indes waren die Umstände stärker als die „Neue Rheinische Zeitung". Die Reaktion siegte. Ein Theil der Rheinprovinz, die Hauptorte des bergisch-märkischen Industriezweiges, Elberfeld, Düsseldorf, Solingen u. c., erhob sich im Mai 1849, um dem einbrechenden Reaction Widerstand zu leisten; Engels eilte auf die Nachricht davon augenblicklich von Köln nach Elberfeld, aber nur um zu sehen, wie der Aufstand rasch zusammenbrach. Die Arbeiter wurden vom Bürgerthum überall im Stich gelassen und verrathen.

Damit war auch das Schicksal der „Neuen Rheinischen Zeitung" entschieden. Sie wurde am 19. Mai verboten, Marx ausgewiesen. Auch Engels, der wegen seiner Theilnahme am rheinländischen Aufstand verurtheilt wurde, mußte Köln verlassen, wohin er von Elberfeld zurückgekehrt war und wo er sich verborgen hielt. Marx ging mit einem Mandat des demokratischen Central-Ausschusses nach Paris, wo sich eine neue Entscheidung vorbereitete, die auch für die deutsche Revolution von Wichtigkeit war; Engels ging in die Pfalz, die sich neben Baden zum Schutze der Reichsverfassung erhoben hatte und schloß sich einem Freischaren-Korps an, in dem er die Stelle eines Adjutanten des Kommandanten Willibald bekleidete; er nahm an drei Gefechten Theil, sowie an dem Entscheidungstreffen am der Ruhr. 15,000, meist schlecht gekleidete und schlecht disciplinirte Revolutionskrieger fanden dort 60,000 Preußen und Reichstruppen gegenüber, trotzdem siegen diese nur durch die Verletzung der Neutralität Württembergs, was ihnen eine Umgehung ermöglichte. Das Schicksal des habsburgischen Kaiserthums war damit entschieden, das von vornherein kaum zweifelhaft gewesen. Seine Seele hatte die schändliche Demokratie gebildet, eine fast ausschließlich kleinbürgerliche Partei, und all die Lächerlichkeit und Jämmerlichkeit des Kleinbürgerthums kam in diesem Aufstande zum Vorschein, der ohne einige proletarische Elemente und die elende Kriegführung der Preußen noch rascher zusammengebrochen wäre, als es der Fall war.

(Fortsetzung folgt.)

wenn sie den Meineidspassen unter ihren heiligen Schutz nimmt und damit den Meineid als politische Institution anerkennt.

Achtung vor der Logik und dem Muth der deutschen Reichspolizei.

— Die Gerichte entstehen. In jüngerer Zeit war das Gerichte verbreitet, Fürst Bismarck sei lebensgefährlich erkrankt. Abgesehen von einer starken Verdauungsstörung, die der Fürst sich wieder einmal durch übermäßiges Essen zugezogen, entbehrte das Gerichte jeder Begründung. Entstanden ist es auf eine sehr kurtose Weise. Wie wohl dem Einen oder Anderen erinnerlich sein wird, war vor anderthalb Monaten in den Zeitungen zu lesen, der, zwar nicht eiserne, aber durch filzige Otto habe einer Bauernfrau ein namhaftes — Geldgeschenk gemacht. Da dies das erste Mal war, daß der kaiserlich in den Diebstahl stehende Gehalt sich einer solchen Verschwendung schuldig gemacht, wurden die Angehörigen und Aerzte desselben schon bedenklich. Als aber vor einigen Wochen die Nachricht kam, der Empfänger des Ottospendens habe dem Leipziger Exkommunisten Fiedermann zu dessen 75. Geburtstag 1000 Mark — man denke: tausend Mark! — geschenkt, da hatten die Angehörigen und Aerzte des „Fürsten" — nein des Filzes — keinen Zweifel mehr, daß mit demselben eine große Veränderung vorgegangen sein müsse, und voller Schrecken erinnerten sie sich des alten Erfahrungssatzes, daß wenn verdächtige Geiseln plötzlich zu Verschwendern werden, sie entweder für das Irrenhaus oder den Richtschel — eifrig sind. Nun — inwiefern ist es den Aerzten und Angehörigen des „großen Mannes" gelungen, die Tazche zu entdecken, aus der die betreffenden Geschenke herkommen: und da es nicht die Tazche des Almosen-Empfängers Junker Otto Bismarck von Schönhausen ist, so sind die Besorgnisse verschwunden.

— Wichtig gelehrt worden sind die Rainer Sozialdemokraten. Der „Gefährdend" vernichtet, die „Führer" zu schweren Strafen verurtheilt, die „Organisation" vollständig zerstört — so gründlich zerstört, daß kein Wiederaufleben mehr möglich ist.

So hieß es im „goldenen Rain" am 6. Oktober dieses Jahres. Staat und Gesellschaft waren gerettet — gerettet auf ewige Zeiten.

Und am 20. Oktober wurden in dem „geretteten" Rain 10,000 Exemplare des verbotenen Manifestes, welches das sozialdemokratische Central-Ausschuss nach den Bahnen an die Wähler gerichtet, „mit teuflischer Geschicklichkeit" verbreitet und dadurch „befundet, daß die Rainer Sozialdemokratie intact ist."

Also am 6. Oktober durch gerichtliches Urtheil mangelnd geschlagen, und am 20. Oktober wieder lebendig und „intact".

Hat das „Neue Testament" ein ähnliches Wunder aufzuweisen?

— Sozialdemokratische Jugendhüter. „In Fürth haben — entgegen den Beschlüssen des St. Galler Sozialistentages — die Sozialdemokraten mit der Volkspartei ein Wahlbündniß für die dort bevorstehende Gemeindevahl geschlossen." Also schreibt das Berliner Volksblatt, die in „Krieg in Sicht" Artikel machende, Verleumdungen betreibende, ultra-sozialistischerische „Post" von Berlin.

Wahrhaftig, wir sind glückliche Leute, daß selbst unsere erbittertesten Feinde demüthigt sind, uns auf dem Pfad der Tugend zu erhalten.

Wir fürchten nur Eines: daß die „Post" bei dieser Sorge um unsere sozialdemokratische Tugend die eigene, anti-sozialdemokratische etwas vernachlässigen könne. Inbegriff — das ist ihre Sache, und dem edlen Streben soll unsere Anerkennung nicht verweigert sein.

— Aus London erhalten wir mit der Bitte um Veröffentlichung nachstehende

Resolution.

„Die heutige außerordentliche Generalversammlung, zu dem Zwecke einberufen, für die Zukunft die Stellung des kommunistischen Arbeiter-Bildungsvereins, 49 Tottenham Street, zur deutschen sozialdemokratischen Partei zu bestimmen, erklärt:

- 1) Die zahlreiche Theilnahme am St. Galler Parteitag, sowie der Geist, der in allen dort gehaltenen Beschlüssen sich zu erkennen gibt, zeigen deutlich, daß alle Tyrannie und Polizeimacht nicht vermocht haben, den echt revolutionären Geist in den Reihen des deutschen Proletariats zu vernichten, welche Thatsache uns mit großer Genugthuung erfüllt.
- 2) Indem die Versammlung erklärt, daß sie sich in vollständigem Einverständnis befindet mit den Beschlüssen des Parteitages, betont dieselbe besonders ihre Zustimmung zu den Resolutionen in Bezug auf die parlamentarische Thätigkeit der Partei, sowie den Anarchismus betreffend, und zur Ernennung einer Kommission zur Prüfung, resp. Aenderung des Programms der deutschen Sozialdemokratie.
- 3) Obgleich überzeugt, daß das Programm, wie es jetzt lautet, nicht mehr in allen Theilen zeitgemäß ist und demgemäß entsprechender Aenderungen bedarf, sind wir entschlossen, diese Aenderungen nur auf dem vom Parteitag beschlossenen Wege anzubahnen und durchzuführen zu helfen, und erkennen wir bis dahin das Programm der sozialdemokratischen Partei an.
- 4) Daß wir auch in Zukunft die Bestrebungen der deutschen Sozialdemokratie nach besten Kräften unterstützen wollen, wie auch ferner es als unsere Pflicht betrachten, den im Kampf gegen Despotie und Tyrannie getroffenen Opfern ihr Loos zu erleichtern und sie zu festerem Muth zu befehlen.
- 5) Da wir in letzter Stunde gehindert wurden, direkt an den Arbeiter unserer deutschen Genossen Theilzunehmen, so halten wir es für unsere Pflicht, durch diese Resolution unsere Solidarität mit der deutschen Sozialdemokratie Ausdruck zu geben und schließen mit einem Blick auf zum feinsten ersten Kampf der Zukunft!

London, 29. Oktober 1887.

J. A. Der Sekretär.

Ein Londoner Mitarbeiter der Berliner „Post" hat diesem wackrigen Organ der Sozialistpartei — nomen est omen — über die betreffende Versammlung des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins einen Bericht überbracht, der von Unwahrheiten und Abweichungen aller Art strotzt. Danach sollen die Genossen Bebel und Bernstein speziell zu dem wichtigen Zweck nach London gereist sein, die Zustimmung des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins zu den Beschlüssen des St. Galler Parteitages zu erlangen. Bebel habe sich in der Debatte als in der Hauptsache mit den Anarchisten einig bekannt, woraus dann in dem Frühstücksblatt des alten Wilhelm die bekannten Schlussfolgerungen gezogen werden.

Das Zeug ist eigentlich zu dumm, um vor vernünftigen Leuten einer Widerlegung zu bedürfen. Weder Bebel's Reise noch die des Genossen Bernstein haben mit den Vorgesängen in dem kommunistischen Arbeiterbildungs- und ähnlichen Vereinen das Geringste zu thun. Bebel ist vielmehr nur auf dringende Einladung seitens einiger Mitglieder des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins, die von seiner Anwesenheit in London erfahren, in die betreffende Sitzung gegangen, während Bernstein in derselben überhaupt nicht anwesend war. Und wie wenig Bebel daran lag, auf die Zustimmung des Vereins einen Einfluß auszuüben, geht u. A. daraus hervor, daß er, nachdem er seinen Standpunkt dargelegt, sich entfernte, lange bevor die Abstimmung stattfand. Ueber das, was Bebel im Verein über den Anarchismus gesagt, wird er sich wohl selbst äußern, daß er das, was der Volkskaff — parbon, Rundschaffier der „Post" ihm in den Mund legt, nicht gesagt haben kann, liegt für Jeden, der Bebel kennt, auf der Hand.

Gegen eine in Nr. 40 unseres Blattes enthaltene Korrespondenz aus Thüringen, in der vor dem Dr. Lüttgenau gewarnt wurde, gehen uns verschiedene Gegenübersetzungen zu, in denen aus das Entgegenstehende bestritten wird, daß Lüttgenau sich unehrenhafter Handlungen schuldig gemacht; er sei im Gegentheil ein Opfer seiner Leichtgläubigkeit geworden. Ferner wird uns der Vorwurf gemacht, wir hätten durch Veröffentlichung der Korrespondenz ohne vorherige Prüfung derselben, Dr. Lüttgenau materiell schwer geschädigt, es ihm fast unmöglich gemacht, sich durch Arbeiten aus seiner bedrückten Lage emporzuarbeiten.

Wir haben darauf zu bemerken, daß uns die in Rede stehende Korrespondenz von einem Genossen zugesandt wurde, dessen Zuverlässigkeit

und strenger Rechtlichkeitsinn noch nie in Zweifel gestellt worden ist, und der persönlich dem Dr. Lüttgenau durchaus fern steht. Es könnte sich also höchstens darum handeln, ob dieser seinerseits durch unrichtige Angaben von Dritten über Dr. Lüttgenau falsch unterrichtet worden. So wenig wir das annehmen zu dürfen glauben, so halten wir uns doch, um Niemand Unrecht zu thun, für verpflichtet, das Gegenmaterial aus fern Korrespondenzen zur Beantwortung und eventuellen Ueberweisung der Sache an ein geeignetes Schiedsgericht zu übersenden. Einstweilen sei also hier konstatiert, daß die Richtigkeit der wider Dr. Lüttgenau erhobenen Anklagen entschieden bestritten wird.

— Zu der im Sprechsaal unserer heutigen Nummer abgedruckten Erklärung einiger Mitglieder des Komm. Arb.-Bild.-Vereins in London sehen wir uns veranlaßt, einige Worte zu bemerken.

Christen mag in den Artikeln, gegen die die Unterzeichner sich wenden, im Uebereifer sich ungeschickt ausgebrüht haben und auch sonst zu weit gegangen sein, aber ihm „bewußte Denunziation" unterstellen, dazu bieten sie keine Veranlassung. Christen hat bei der ganzen Sache offen und ehrlich gehandelt, was man von den, von ihm angeklagt, so schwer getränkten Anarchisten in der Regel nicht gerade sagen kann. Es berührt uns überhaupt eigenhändig, zu sehen, wie Leute, die sich Angehörige der deutschen Sozialdemokratie nennen, es ganz in der Ordnung finden, wenn unsre Partei und ihre Vorläufer in der anarchischen Presse in der gemeinsten Weise beschimpft und verleumdet werden, aber jedesmal in Entrüstung gerathen, wenn gelegentlich einmal der Spiegel umgedreht und mit den Anarchisten in den Gericht gegangen wird. Die Anarchisten machen es sich zur Aufgabe, ja, sie erklären es offen als eine ihrer Hauptaufgaben, unsre Partei zu schädigen, wo sie nur können, und es liegt wahrlich nicht an ihrem guten Willen, wenn dieselbe trotzdem mächtige Fortschritte macht; die perfidesten Mittel, der gemeinliche Vertrauensbruch ist ihnen zu diesem Zweck recht — wenigstens ihren tonangebenden Größen, und gegen diese richteten sich, so weit wir unterrichtet sind, die Christen'schen Artikel — aber das ist in den Augen der Unterzeichner verdammt keine „Schmach". Wie es scheint, sollen wir im Gegentheil mit christlicher Sammsgeduld alles ruhig über uns ergehen lassen, was die Herren anjuchsen für gut befinden.

Wir achten jede ehrlich verdiente Ueberzeugung, und haben uns an dieser Stelle und bei andern Gelegenheiten stets auf das Entgegenstehende dagegen ausgesprochen, daß man die Anarchisten a priori mit Lumpen und Spitzeln identifiziert. Aber ihnen für alle Gemeinheiten, die sie an unsrer Partei verübt, Inbegriff ertheilen, und dabei über jeden Genossen, der den empfindlichen Herren einmal zu nahe getreten, während verfallen, das ist ein Standpunkt, den wir beim besten Willen nicht ernst nehmen können.

— England. In einer, vom skandinavischen Arbeiterklub in London auf Sonntag, den 23. Oktober, einberufenen Meeting wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung von Skandinavien aller nordischen Länder, in Erwägung, daß das gegen die sieben Chicagoer Anarchisten gefällte Todesurtheil nur der Ansicht entsprungen ist, der Bewegung zur Befreiung der Arbeiterklasse von dem Joche der Unterdrückung einen erdrückenden Schlag zu verzeihen, schließt sich dem von den Arbeitern aller civilisirten Länder erhobenen Proteste gegen dieses Urtheil und seine Vollstreckung an."

— Die englischen Gewerkschaften werden in der nächsten Zeit die in Swansea beschlossene Abstimmung über die Frage des achtstündigen Arbeitstages und des Feierns am Sonnabend vornehmen. Die betreffende Resolution, die einstimmig angenommen wurde, lautet:

„Nach Ansicht des Kongresses ist die Stunde gekommen, in der es absolut notwendig ist, daß die Arbeiter dieses Landes aufgefordert werden, ihre Wünsche für oder gegen einen Achtstundentag und ein solches Feiern am Sonnabend" zu äußern, und es wird demnach das parlamentarische Komitee aufgefordert, im Laufe des Jahres eine Abstimmung der Mitglieder der Gewerkschaften im Lande vorzunehmen über diese wichtige Frage, und ob, wenn ja, diese Herabsetzung der Arbeitszeit durch die Gewerkschaften selbst oder mittelst eines Achtstundentags-Gesetzes durchgesetzt werden soll."

Das parlamentarische Komitee, an dessen Spitze bekanntlich Herr Broadbent steht, hat sich nun nicht damit begnügt, die obigen Fragen den Mitgliedern einfach auf Ja und Nein vorzulegen, sondern, wie James Blackwell in der Londoner „Justice" mittheilt, das Abstimmungs-Jurial so gehalten, daß die Tendenz sofort auf's Deutlichste herausblitzte.

So folgen auf die erste Frage: „Sind Sie für täglich acht Stunden Arbeitszeit, d. h. 48 Stunden pro Woche?" sofort die Worte: „oder als Alternative", woran sich die zweite Frage anschließt: „Sind Sie für vollständiges Aufheben der Sonnabend-Arbeit?"

Da nun, bemerkt Blackwell treffend, in der Resolution durchaus nichts steht, was jemand verhindern könnte, für die Achtstundentags-Arbeitszeit, und das für zu stimmen, daß der Sonnabend als Feiertag erklärt wird, so sind die Worte „oder als Alternative" eine Freetheitung und darauf berechnet, eine Menge von Stimmen, die sonst zu Gunsten beider Vorschläge abgegeben würden, verloren gehen zu lassen.

Im unmittelbaren Anschluß an die Abstimmungsfragen, führt Blackwell fort, „werden vier Punkte, deren Erwägung zur Abstimmung notwendig", aufgeführt, welche aber in Wirklichkeit nichts als kunstvoll gegebene Einwände gegen die Herabsetzung der Arbeitszeit."

Der erste lautet: „Sind Sie gewillt, die Opfer an Euren Wochenlöhnen zu tragen, die eine solche Aenderung etwa in sich begreifen könnte?"

Wir können die Kritik dieser Frage übergehen, unsere Leser wissen, wie wenig sie mit den Erfahrungen übereinstimmt, die noch bei jeder Reduktion der Arbeitszeit gemacht worden. Auf gleicher Höhe bewegt sich der zweite Einwand: „Ist es möglich, Euch daran zu erinnern, daß, falls ein Achtstundentag erlangt würde, alle Ueberzeitarbeit notwendigerweise aufhören würde?"

Es darf nicht vergessen werden, daß, im Falle Ihr dafür seid, von der Regierung ein solches Gesetz zu verlangen, das Kapital, welches viel mächtiger und besser organisiert ist als die Arbeit, dasselbe Recht haben wird, von dem Parlament eine Regelung der Bedingungen Eurer Arbeit und Eurer Bezahlung zu fordern, wie Ihr, dem Verstand des Parlaments gegen das Kapital zu verlangen." Dies der dritte „Punkt". Auch er bedarf keiner Kritik.

Und der letzte der vier „Punkte" setzt Allem die Krone auf: „Ist es von uns gerechtfertigt, die erwähnte Herabsetzung zu verlangen zu einer Zeit, wo wir uns sagen müssen, daß in den konkurrierenden Industrien auf dem Festland die durchschnittliche Arbeitszeit pro Woche viel höher ist als bei uns?"

Dazu bemerkt Blackwell:

„Man kann sowohl für als gegen die Berufung auf die Auslands-Konkurrenz viel Gründe ins Feld führen, abgesehen davon, daß eine ganze Reihe von Arbeitern, wie z. B. Postbeamte, Eisenbahnarbeiter u. c., von derselben kaum betroffen werden, aber die Thatsache, daß fast alle Gewerkschaften auf dem Festland für den geordneten internationalen Achtstundentag und bereit sind, mit unseren Trades-Unions für die Einführung eines solchen zu wirken, sollte Jeden, der in dieser Frage mitzustimmen hat, veranlassen, sich zu Gunsten des Antrags zu äußern."

Und weiter: „Nachdem so hauptsächlich die Abstimmenden bearbeitet worden, den Antrag verneinend zu beantworten, heißt es in dem Zirkular: „Wir drücken in diesem Zirkular keine Meinung aus über die Bedeutung der Anträge, sondern überlassen es Euch, ein allseitig erwogenes Urtheil zu fällen und zu entscheiden." Das ist, gelinde gesagt, unersorsen, und bringt Better und Mitglieder der englischen Gewerkschaften nicht in den Kauf, die englische Sprache zu verstehen. ... Die bloße Thatsache, daß es in einer der Fragen die beantragte Herabsetzung der Arbeitszeit mehr als „Privilegium", denn als ein Recht hinsteht, zeigt, wie vollständig das parlamentarische Komitee unter kapitalistischen Einflüssen steht."

Blackwell schließt mit der Ermahnung an alle Freunde eines Achtstundentags:

„Sonnabend Nachmittag wird schon heute in England allgemein gefeiert."

